

Liestal, 30. Oktober 2018/ BKSD

## Stellungnahme

---

Vorstoss	Nr. <b>2018/628</b>
<b>Motion</b>	von Sara Fritz
Titel:	<b>Verbindliche politische Bildung an SEK II-Schulen</b>
<b>Antrag</b>	Motion als Postulat entgegennehmen

### 1. Begründung

Nebst dieser Motion gibt es zu diesem Themenbereich das Postulat 2013/028 «Einführung in die „Staatskunde und Politik“ an den Schulen der Sekundarstufe II», welche an der Landratssitzung vom 08.02.2018 (Geschäft 2017/326) mit einem Stimmenverhältnis von 39:38 Stimmen stehen gelassen wurde. Der Regierungsrat ist somit beauftragt, dem Landrat in jedem Fall mit einer Landratsvorlage zu berichten.

Die Motion fordert nun zusätzlich, dass Staatskunde- und Politikunterricht an allen Schulen der Sek II-Stufe für alle Schülerinnen und Schüler obligatorisch wird und unabhängig vom Standort zu gestalten ist. Es soll auch mitberücksichtigt werden, dass Berufsfachschulen nicht das gleiche Pensum aufweisen wie Vollzeitschulen.

Der Regierungsrat teilt die Auffassung, dass der politischen Bildung an den Schulen der Sek II-Stufe ein hoher Stellenwert gebührt. Für das formulierte Anliegen hat der Regierungsrat aber weder die Kompetenz noch liegt es in seiner Zuständigkeit. Er vertritt aber die Auffassung, dass politische Bildung an den Schulen der Sek II-Stufe nicht über alle Bildungsangebote und Standorte hinweg einheitlich gestaltet werden soll und kann. Bei der Ausgestaltung der politischen Bildung muss den Rahmenbedingungen der unterschiedlichen Ausbildungsangebote (Berufsfachschulen, Gym oder FMS) und der Teilautonomie der Schulen Rechnung getragen werden.

Die Lerninhalte werden verbindlich in den jeweiligen Lehrplänen festgelegt. Bei den Berufsfachschulen und der WMS liegt die Kompetenz beim Bund, bei den Gymnasien beim Kanton. Im Kanton Basel-Landschaft ist somit der Bildungsrat abschliessend für die Lehrpläne der Gymnasien zuständig.

Die Gymnasien müssen aufgrund der neuen Struktur der Volksschule und des Maturitätslehrgangs sowie des in der Schlussphase stehenden neuen Rahmenlehrplans der EDK für die FMS, ihre Lehrpläne neu gestalten. Im Zuge dieser Lehrplanarbeiten soll u.a. die politische Bildung verbindlicher formuliert werden.

Der Bildungsrat hat diese Thematik an seiner Sitzung vom 6. Juni 2018 bereits erstmals traktandiert und besprochen.

Aus den dargelegten Gründen beantragt der Regierungsrat die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Nach Abschluss der entsprechenden Lehrplanarbeiten wird er mit der Beantwortung der beiden Postulate berichten.